



Heike Scharfenberger

Rede

der Vorsitzenden

der SPD-Stadtratsfraktion Ludwigshafen

zum

Haushalt 2012

am

05. März 2012

Sperrfrist: 21.02.2011 – 15.00 Uhr

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,
sehr geehrte Mitglieder des Stadtvorstandes,
verehrte Kolleginnen und Kollegen des Stadtrates,
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

vor einem Jahr haben wir hier den Ergebnis-HH 2011 mit einem Defizit in Höhe von ca. 120 Mio Euro verabschiedet.

Nachdem bereits im 1. Nachtrags-HH eine Ergebnisverbesserung von ca. 27 Mio Euro erzielt werden konnte, ist auf Grund der gemachten Erfahrungen der letzten Jahre davon auszugehen, dass es bei der letztlichen Feststellung des Jahresergebnisses zu einer weiteren merklichen Ergebnisverbesserung kommen wird.

Ich habe deshalb diese Anmerkungen an den Beginn meiner heutigen HH-Rede gestellt, um darzustellen, dass unser Leitgedanke „Sparen und dennoch gestalten“ nicht nur eine Redensart ist und nicht nur bei den jährlichen HH-Beratungen Gültigkeit hat, sondern das ganze Jahr über das Ziel unserer kommunalpolitischen Arbeit ist.

Wir stehen auch im Jahr 2012 und in den nächsten Jahren weiter vor großen Herausforderungen, die es gilt, gemeinsam mit der Verwaltung hier im Rat zu meistern.

Aus Sicht meiner Fraktion gibt es auch weiterhin keinen Spielraum für unkalkulierbare Experimente. Die Haushaltsituation der Stadt zwingt zu einem klaren und verantwortungsvollen Kurs für Ludwigshafen.

Unsere Ergebnisverbesserungen resultierten dabei hauptsächlich aus Mehrerträgen bei den Steuern, insbesondere bei der Gewerbesteuer, für die wir für 2011 gegenüber dem Ansatz im Nachtragshaushalt eine weitere nennenswerte Ergebnisverbesserung erwarten. Parallel dazu konnte die Neuverschuldung erheblich reduziert werden.

Diese sehr erfreuliche, verglichen mit den Erwartungen erheblich bessere Ertragslage, sollte uns aber nicht die aktuellen volks- und finanzwirtschaftlichen Risiken vergessen lassen.

Wir können nicht vorhersagen, ob und wie sich die Zinsen auf dem Kreditmarkt erhöhen, wenn sich in Europa die Eurokrise verschärft.

Wir müssen aber davon ausgehen, dass sich Energie- und Rohstoffpreise weiter erhöhen, dass Löhne und Einkommen kräftig ansteigen werden müssen, um die über viele Jahre sehr moderaten Lohnabschlüsse der Tarifpartner, zum Teil unterhalb der Inflationsrate, endlich auszugleichen und damit den Binnenmarkt anzukurbeln.

Momentan hören wir fast überall das Wort Krise, sei es die Bankenkrise, die Eurokrise, die Schuldenkrise, die Staatenkrise oder die Krise der öffentlichen Finanzen. Dabei geht es um enorme Geldbeträge und auch um ganz komplizierte Zusammenhänge.

Und gerade in diesen schwierigen Zeiten sollen die, die ganz am Ende der staatlichen Finanzkette stehen, eine solide Haushaltspolitik betreiben: Nämlich die Kommunen. Die Auflagen, die wir erhalten, stellen uns vor fast unlösbare Probleme. Während wir nämlich unsere Finanzen in Ordnung bringen sollen, müssen wir gleichzeitig die Kinderbetreuung weiter ausbauen, die Jugendhilfe und Jugendarbeit mitfinanzieren, Menschen mit Behinderungen und Pflegebedürftigen zur Seite stehen, für Sicherheit sorgen, Müll und Abwässer beseitigen, einen öffentlichen Personennahverkehr zu erschwinglichen Preisen anbieten, unsere Straßen in einem befahrbaren Zustand erhalten, Kultur und Sport fördern und mit öffentlichen Investitionen die heimischen Handwerker und Unternehmen unterstützen, ganz zu schweigen von den riesigen Investitionen in die Bildung unserer Kinder.

Die kommunalen Haushalte leiden insbesondere unter steigenden Sozialausgaben. Vielen Kommunen droht der Verlust der Handlungsfähigkeit. Das hat gravierende Folgen für das Leben der Menschen vor Ort und führt zwangsläufig zu weniger Investitionen und dazu, dass wichtige Vorhaben nicht voran getrieben werden können.

Die Politik muss sich bewusst werden, dass ohne handlungsfähige Städte und Gemeinden kein Staat zu machen ist. Unser Staat hat in den letzten Monaten und Jahren unvorstellbare Summen in die Hand genommen, um einer Banken- und Staatsschuldenkrise Herr zu werden.

Dennoch: wer Banken Systemrelevanz attestiert, aber die Bedeutung der kommunalen Ebene verkennt, der muss sich fragen lassen, ob er seiner politischen Verantwortung gerecht wird.

Meine Damen und Herren,

um den Konsolidierungsprozess fortzuführen, müssen weitere Anstrengungen unternommen werden. Wir haben in den zurückliegenden Jahren schon viele Anstrengungen unternommen, um Einsparungen zu erzielen. Ohne diese Sparansätze wäre unsere Lage heute um ein Vielfaches schlechter.

Dies sind sicherlich Einzelmaßnahmen, genauso wie es eine ständige Aufgabe sein muss, die Ablaufprozesse in der Verwaltung zu untersuchen und zu optimieren. Konsolidierungsbemühungen können aber letztlich nur erfolgreich, d.h. nachhaltig sein, wenn Stadtrat, Stadtspitze und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung "an einem Strang" ziehen, sich mit dem Ziel identifizieren und die Bürgerinnen und Bürger die einzelnen Maßnahmen im Ergebnis mittragen (Stichwort: Anspruchsdenken). Die Haltung "zuständig fürs Sparen ist die Kämmerei oder irgendeine Spezialeinheit", hilft da nicht weiter, Erfolge werden nahezu unmöglich. Und auch ohne entsprechende Rückendeckung des Stadtrates sind sämtliche Konsolidierungsbemühungen von vorneherein zum Scheitern verurteilt.

Konsolidieren ist kein Selbstzweck, kein Wert an sich! Wir sparen nicht um des Sparens willen, sondern wir konsolidieren um auch zukünftig in Ludwigshafen handlungsfähig zu bleiben im Interesse der Menschen die heute und morgen in unserer Stadt leben.

Aber trotz der notwendigen und konsequenten Fortsetzung der Sparpolitik sollen, ich sage müssen, die Lebensadern der Stadt vital bleiben und die erforderlichen

Einsparungen unter sozialen Gesichtspunkten erfolgen. Natürlich sind die finanziellen Handlungsspielräume begrenzt. Dennoch darf sich unsere Stadtpolitik nicht nur auf die Verwaltung von Vorhandenem konzentrieren, sondern es müssen auch Wege aufgezeigt werden, um die Zukunftsfähigkeit zu gestalten.

Wir benötigen eine starke Stadt. So ist zum Beispiel die öffentliche Daseinsvorsorge ein ganz wesentlicher Bestandteil für die Zukunftssicherung einer Kommune, so auch für unser Ludwigshafen.

Spätestens die gegenwärtige Krise in Europa macht deutlich, wie wichtig gesunde öffentliche Finanzen für die Gesellschaft und für ein funktionierendes Staatswesen sind. Dies gilt im Besonderen für die Städte und Gemeinden, die ihre vom Land und Bund aufgetragenen Aufgaben zu erfüllen haben. Wer bestellt bezahlt, muss endlich für Alle gelten. Wer Gesetze beschließt, muss denen, die sie ausführen sollen auch eine angemessene Finanzausstattung zur Verfügung stellen.

Im Grundgesetz ist im Artikel 28, Abs. 2 die kommunale Selbstverwaltung garantiert.

Diese kommunale Selbstverwaltung darf durch weitere Verlagerungen von Aufgaben von Bund und Land ohne vollständigen Kostenersatz nicht noch weiter ausgehöhlt werden. Richtig wäre, dass für bisherigen an die Kommunen verlagerten Aufgaben, ein leistungsgerechter Kostenersatz gewährt würde. Ich erinnere nur an die Ausgaben für die soziale Sicherung, die von uns als Stadt zu tragen sind, obwohl dies eine allgemeine staatliche und keine originäre Aufgabe einer Kommune darstellt.

Gestatten Sie mir eine Anmerkung:

Der Kostenanstieg für die Soziale Sicherung hat auch seine Ursache in der Ausweitung der Niedriglöhne, die eine zusätzliche Absicherung notwendig machen. Spätestens seit der »Hartz«- und »Agenda-2010«-Gesetzgebung sind sie zu einem festen Bestandteil des deutschen Arbeitsmarktes geworden. Löhne, die nicht zum Leben reichen und durch Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II) aufgestockt werden müssen, können selbst bei langjähriger Vollzeitbeschäftigung die Fürsorgeabhängigkeit im Alter und insbesondere bei Erwerbsminderung vorprogrammieren.

Gerade hier muss die Stadtverwaltung als Vorbild vorausgehen. Das Land hat mit dem Tariftreuegesetz den Kommunen ein Instrument an die Hand gegeben, das die Überprüfung der Zahlung von tariftreuen Gehältern bei der Vergabe von Aufträgen durch die Verwaltung ermöglicht. Wir hatten dahingehend auch eine Anfrage gestellt, deren vollständige Beantwortung immer noch aussteht. Wir gehen davon aus, dass dies in der nächsten B + G- Sitzung erfolgen wird.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Kommunen können ihren Aufgaben und Verpflichtungen gegenüber ihren Bürgern nur gerecht werden, wenn ihre finanzielle Leistungsfähigkeit auch gesichert ist.

Nur wenn wir unsere Finanzwirtschaft im Griff behalten und im Sinne einer „nachhaltigen Haushaltswirtschaft“ arbeiten, nur dann werden wir Stabilität in diesen doch sehr bewegten Zeiten auch weiterhin vermitteln können.

Hier stimme ich der Bundeskanzlerin Frau Merkel zu, ich zitiere aus ihrer Rede am 4. Mai letzten Jahres bei der Hauptversammlung des Deutschen Städtetages in Stuttgart: „Wenn man Menschen für die Kommunalpolitik begeistern will, muss man Ihnen auch Gestaltungsspielraum lassen“. Es ist davon auszugehen, dass die Bundeskanzlerin dies auch auf die finanzielle Ausgestaltung der Kommunen bezogen hat.

Eine Lösung kann nur darin bestehen, dass insbesondere der Bund zur Verbesserung der kommunalen Finanzlage im Sozialbereich dringend weitere Maßnahmen und Schritte auf den Weg bringt. Auch die Neufassung des kommunalen Finanzausgleichs, der die Kommunen, die überdurchschnittliche Soziallasten und hohe Infrastrukturausgaben haben, endlich spürbar entlastet, brauchen wir so schnell wie möglich. Dies ist keine leichte Aufgabe.

Aber wenn nur ein Mangel anders verteilt wird und dabei verschiedene Gebietskörperschaften gegeneinander aufgebracht werden, ist dies sicherlich keine befriedigende Lösung.

Sehr geehrte Damen und Herren,

nach eingehenden Beratungen in den verschiedenen sachbefassten Gremien beschließen und verabschieden wir heute den Haushaltsplan für 2012, nach dem die Verwaltung ihn als Entwurf am 12.12. 2011 hier im Stadtrat eingebracht hat. Unser Kämmerer Dieter Feid hat bei der Einbringung das gesamte Zahlenwerk mit 1.719 Seiten (ohne Vorbemerkungen) umfassend dargestellt

Dieses Zahlenwerk macht unsere Arbeit allerdings nicht leichter. Die Lesbarkeit des Haushaltes hat durch die Doppik abgenommen. Die Kennzahlen sind zum Teil nicht steuerungsrelevant. In anderen Bereichen gibt es keine. Hier sehen wir in den kommenden Jahren einen dringenden Nachbesserungs- bzw. Weiterentwicklungsbedarf, zumal die Kennzahlen für die ADD wichtige Vergleichsgrundlagen sind. Für die Zukunft gilt es den Haushaltsplänen weiteres Leben einzuhauchen, zum Beispiel durch das weitere Definieren von Produkten, Zielen und Zielvereinbarungen. Hier sind wir als Stadträte in besonderer Weise gefragt. Wir müssen und werden der Verwaltung deutlich signalisieren, welche Informationen wir aus dem Zahlenwerk brauchen um direkt die politischen Handlungsfelder beurteilen und bei Bedarf beeinflussen zu können.

Wir sollten uns aber auch mit der Möglichkeit eines Doppelhaushaltes beschäftigen. Die Vorteile eines Doppelhaushalts liegen in einer erhöhten und verbindlicheren Planung in dem Zeitraum, für den der Haushalt aufgestellt wird. Projekte und Maßnahmen können innerhalb dieses Zeitraums ohne Verzögerung realisiert werden. Bisher haben wir ja hohe Haushaltsreste gebildet oder die Projekte mussten im neuen Jahr neu veranschlagt werden.

Die höhere Planungssicherheit versetzt die Verwaltung zudem in die Lage, mit den knappen Mitteln der Stadt sicherlich auch besser zu wirtschaften.

Ausführlich wurde bisher auch auf die wichtigsten Eckpunkte mit den Auswirkungen für die Stadt hingewiesen. So unter anderem auch auf den Kommunalen Entschuldungsfond , die von der Verwaltung vorgeschlagene maßvolle Erhöhung des Gewerbesteuersatzes, die geplanten Investitionen, aber auch auf das Verhältnis der von der Stadt zu tragenden Pflichtaufgaben zu den freiwilligen Leistungen von etwa 90 : 10.

Wir sehen die für uns wichtigen Leitthemen der Zukunft „Kinder – Bildung – Stadtentwicklung“ in diesem Haushalt abgedeckt. Die Zukunftsinvestitionen in Bildung, in den Ausbau unserer Kindertagesstätten, in die Sanierung unserer Schulen, in Jugendarbeit und Straßensozialarbeit sind ebenso zu erkennen, wie die wichtige Förderung des Ehrenamtes und der Vereine, denn bürgerschaftliches Engagement ist gerade in der heutigen Zeit eine wichtige Voraussetzung für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft. Es schafft soziales Kapital und trägt so zu mehr gesellschaftlichen Zusammenhalt bei.

Eigentlich sollten wir an dieser Stelle auch einmal den Bund loben können für das Bildungs- und Teilhabepaket. Ich sage deshalb eigentlich, da wie bei so vielen Maßnahmen immer ein großes Aber übrig bleibt. Wir stellen bei der Umsetzung immer wieder Mängel fest. So könnte den leistungsberechtigten Eltern und Kindern vielfach schneller geholfen werden, wenn die Abrechnungsmodalitäten einfacher und die Erreichbarkeit der Verwaltung jederzeit gewährleistet wäre. Ein weiteres Problem stellt immer wieder die schleppende Bewilligung von Anträgen auf Lernförderung für leistungsschwache Schüler auf Grund von juristischer Kleinkrämerei dar.

Im dem Bildungs- und Teilhabepaket wird zusätzlichen Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeitern eine Schlüsselrolle zugeordnet. Die Aufgaben sind in einem gemeinsamen Erlass der drei zuständigen Ministerien vom 7. Juli 2011 geregelt. Grundlage ist die Abstimmung der verschiedenen sozialarbeiterischen Tätigkeiten bei Schulen, Kommunen und freien Trägern der Jugendhilfe.

Bis zum Jahr 2013 sollen nun unter anderem rund 3.000 neue Stellen für die Schulsozialarbeit geschaffen werden. Diese zusätzlichen Stellen helfen auch in Ludwigshafen die Situation bis 2013 zu entschärfen. Sie schaffen allerdings auch Begehrlichkeiten und legen hohe Standards. Dies wird daher problematisch, da es unklar bleibt, wie die Personalstellen ab 2013 zu finanzieren sind, wenn die Bundesmittel wieder auslaufen. Es sollte bereits jetzt überlegt werden, wie langfristige gesicherte Finanzierungsmöglichkeiten und Strukturen zu schaffen sind.

Denn gerade diese Strukturen ermöglichen auch einen zusätzlichen Einsatz um die Integration positiv zu begleiten.

Sehr geehrte Damen und Herren,

in Ludwigshafen sind viele ausländische Bürgerinnen und Bürger aus vielen Nationen zu Hause. Viele von Ihnen kamen eigentlich nur zum Arbeiten nach Ludwigshafen und wollten später wieder in ihre Heimat zurück. Für die meisten von ihnen hat sich dies so alles nicht erfüllt. Für sie ist Ludwigshafen nun zu ihrer Heimat geworden.

Für die SPD Fraktion ist es wichtig und richtig, dass durch frühzeitige Angebote in unseren Kindertagesstätten die Kinder bereits die deutsche Sprache gut lernen. Dies wird erleichtert durch die interkulturellen Fachkräfte in den Kindertagesstätten. Eine gute Ausbildung der Jugend erhöht später deren Chancen am Arbeitsmarkt.

Wir stehen für eine weitere Verbesserung der interkulturellen Fortbildungs- und Trainingsangebote für die Mitarbeiter / Innen in den kommunalen Einrichtungen. Auch durch den Ausbau der Bildungsangebote an der Volkshochschule in diesem Bereich ist es gelungen die Bildungschancen und die Bildungssituation für Migrantinnen und Migranten erheblich zu verbessern.

Einen wichtigen Beitrag in der Migrationsarbeit leisten auch sehr viele Vereine in unserer Stadt. Hier besonders im Jugendbereich. Dieses ehrenamtliche Engagement kann gar nicht hoch genug eingeschätzt und gewürdigt werden.

Meine Damen und Herren,

die nächsten Jahre werden uns vor viele Herausforderungen stellen. Es gilt große Strukturmaßnahmen im baulichen Bereich zu begleiten, für die wir bereits in diesem Haushalt die Grundlagen legen – sei es auch zunächst nur mit der Veranschlagung der Planungskosten.

Zwei der wichtigsten Maßnahmen stellen die Sanierung der Hochstraße und die Instandsetzung der Linie 10 dar.

Im Rahmen eines Bürgerforums zur Hochstraße wurden drei mögliche Varianten mit Untervarianten vorgestellt, die ergebnisoffen mit den Bürgern diskutiert werden sollen. Es ist wichtig, dass alle Möglichkeiten untersucht werden, damit wir am Ende in Kenntnis aller Ansätze und Bedingungen eine Entscheidung treffen können. Hierbei müssen wir viele Aspekte beachten wie die Stadtentwicklung, die zukünftigen Kosten für den Unterhalt, die Funktionsfähigkeit, d.h. die künftige Straße muss die notwendige Verkehrsleistung von 45 000 KFZ/t erbringen. Letztlich muss auch eine

Finanzierung mit dem Bund und dem Land abgestimmt werden. Bei der in Aussicht gestellten vorläufigen Summe der Baukosten von rd. 200 Mio. € wird deutlich, dass alle Möglichkeiten und Beteiligungen ausgeschöpft werden müssen. Auch hier ist es fair und angemessen, die Lasten entsprechend der Leistungsfähigkeiten zu verteilen. Ich denke, dass wir uns dahingehend einig sind, dass es für die Stadt Ludwigshafen schon enormer Anstrengungen bedarf allein die nicht förderfähigen Planungskosten zu finanzieren. Alle diese Aspekte müssen in ihrem Zusammenspiel eine tragbare Lösung ergeben. Das Ausschließen einer Möglichkeit von vorneherein halten wir für eine unverantwortliche Vorgehensweise.

Und gestatten sie mir die Bemerkung: Bei der Beobachtung der Baukostensteigerung bei öffentlichen Gebäuden fällt mir die Aussage meines BWL Professors Müller-Merbach ein, der in seinen Vorlesungen immer wieder die Steigerung mit dem Faktor Pi nachweisen konnte. Hier sollten wir ein besonderes Augenmerk auf die Baukosten legen und auch eine hoffentlich geringer ausfallende Steigerung mit in die Verhandlungen einbringen.

Meine Damen und Herren,

auch die Instandhaltung der Linie 10 wird uns finanziell stark fordern. Eine schienengebundene ÖPNV-Andienung von Friesenheim hat für uns klare Priorität. Für die SPD ist der ÖPNV ein wichtiger Garant für die Mobilität der Bürgerinnen und Bürger. Die Menschen in unserer Stadt und der Region erwarten zu Recht, gerade von der Kommunalpolitik, die Sicherstellung der Versorgung mit wichtigen Gütern, ohne die ein Gemeinwesen nicht funktionieren kann. Hierzu zählt auch ein attraktiver und kundenorientierter ÖPNV.

Weitere strukturelle Veränderungen müssen unseres Erachtens auch hinsichtlich der Abläufe in der Verwaltung vorgenommen werden. Gerade die neuen Erkenntnisse des Rechnungshofes über den Krankenstand in der Stadtverwaltung weisen auf Mängel hin, die schnellstens behoben werden sollten. Und zwar gemeinsam, die Personalverantwortlichen der Verwaltung mit dem Personalrat. Schließlich erzeugen die Fehlzeiten einen erheblichen wirtschaftlichen Schaden. Wir wissen aber auch, Ursache und Wirkung hinsichtlich des Krankenstandes sind komplex und

vielschichtig. Ein zentrales Ziel muss es deshalb sein, den größtmöglichen Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf Dauer zu erreichen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

die von mir dargestellten Eckpunkte für die Entwicklung 2012 zeigen, dass auch in diesem Jahr ein überaus anspruchsvolles Arbeitsprogramm auf allen Ebenen vor uns liegt. Wir werden erfolgreich sein, wenn es gelingt uns mit größtmöglicher Gemeinsamkeit auf diese Leitprojekte zu verständigen und zu konzentrieren. Dann werden wir auch im Jahr 2012 erfolgreich eine Stadtentwicklung für unsere Stadt schaffen. Dies zum Wohl aller Bürgerinnen und Bürger, aber auch zum Wohl der gesamten Region.

Die SPD-Stadtratsfraktion steht auch künftig für eine solide und zukunftsorientierte Kommunalpolitik, für Bürgernähe, Verlässlichkeit, Kontinuität und soziale Gerechtigkeit.

Wir wollen ein Ludwigshafen mit einer attraktiven Innenstadt und wir wollen lebenswerte Stadtteile mit einer bedarfsorientierten Nahversorgung.

Ludwigshafen ist eine Stadt, die sowohl von der City, als auch von ihren Stadtteilen wesentlich geprägt wird. Die Stadtteile sind die eigentlichen Wurzeln der Gesamtstadt und haben im Gegensatz zur unmittelbaren City teilweise eine schon jahrhundertlange Tradition. City und Stadtteile sind Lebensraum, mit eigener Vergangenheit und eigener Zukunft. Die Stadtteile sind integrale Bestandteile von Ludwigshafen und haben in den letzten Jahrzehnten an der Gesamtentwicklung der Stadt partizipiert. Sie haben regionale und überregionale Einrichtungen, gute Schul-, Sozial-, Sport-, Gesundheits-, Freizeit- und Verkehrseinrichtungen, verbunden mit einem hohen Wohnwert in einem guten Umfeld. In allen Stadtteilen, aber auch in der Innenstadt, erleben wir insbesondere im kulturellen und sportlichen Bereich eine lebendige Eigenständigkeit, was die vielfältigen Aktivitäten jährlich beweisen. Dennoch gehören City und Stadtteile zusammen und bilden gemeinsam unsere Heimatstadt Ludwigshafen.

Die Weiterentwicklung der City und der Stadtteile sollte gleichrangig erfolgen; sie haben die gleiche Wertigkeit im Interesse der Gesamtstadt und deren Bürgerinnen und Bürger.

Die Stadt Ludwigshafen als Oberzentrum soll im Rhein-Neckar-Dreieck die ihr gebührende wichtige Rolle einnehmen, sowohl als Industrie-, als auch als Dienstleistungsstandort mit vielen regional und überregional anerkannten Einrichtungen.

Meine Dame und Herren,

wir bedanken uns bei allen städtischen Mitarbeitern, dem Personalrat und den mit der Stadt verbundenen Unternehmen für die geleistete Arbeit.

Wir bedanken uns ebenso bei allen in Vereinen und karitativen Organisationen ehrenamtlich für unser Gemeinwesen tätigen Mitbürgerinnen und Mitbürgern.

Wir stimmen dem vorliegenden Haushalt 2012 mit der Änderungsliste zu und bedanken uns an dieser Stelle ganz herzlich bei den Mitarbeitern der Kämmerei und der Fachdezernate, die unseren Nachfragen und Erläuterungswünschen zügig nachkamen. Durch diese Zusatzinformationen erhielt der Haushalt die für uns notwendige Transparenz.

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

sehr geehrte Damen und Herren,

ich habe am Anfang mit angemerkt, unsere Stadt wird auch 2012 und in den kommenden Jahren vor großen Herausforderungen stehen. Auch aus Sicht des Deutschen Städtetages können diese Herausforderungen nur mit einer politisch und finanziell starken Selbstverwaltung bewältigt werden können. In dieser Situation müssen die Städte alle ihre Kräfte bündeln und ihre begrenzten Handlungsspielräume klug nutzen.

Was die Menschen bewegt spielt sich überwiegend vor Ort, also in den Regionen, den Städten und Gemeinden ab.

Hierzu passen auch die Sätze von des Innenministers von NRW, Ralf Jäger anlässlich seiner Rede beim Kommunalkongress im November 2011 in Essen:

„Die Bürger nehmen den Staat vor Ort wahr, in der Kommune. Wenn die Infrastruktur vor Ort nicht stimmt, schwindet die Akzeptanz für Demokratie und Politik insgesamt“.

Dies sind zwei ganz wesentliche Sätze, die allen Beteiligten bei Bund und Land, aber auch bei uns in den Kommunen Gehör finden sollte.

Wir sind alle aufgerufen mit zu wirken, unsere Zukunft und die Zukunft für die nachfolgende Generation gemeinsam zu gestalten.

Zitat von Ludwig Börne, 1786-1837

„Die Lebenskraft eines Zeitalters liegt nicht in seiner Ernte, sondern in seiner Aussaat“.